

**Gewalt an Kindern und Jugendlichen  
entschlossen entgegenzutreten!**

Petition

München, 9. April 2025

# Inhalt

Begleitschreiben zur Petition .....	3
Petition	
Gewalt an Kindern und Jugendlichen entschlossen entgegenreten! .....	5
Argumentative Grundlagen.....	8
Namen der Unterstützer*innen der Petition.....	9
Kommentare der Unterstützer*innen der Petition.....	16

**An:**

**Frau Doris Rauscher MdL**

Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie des Bayerischen Landtages

**Herrn Thomas Huber MdL**

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales,  
Jugend und Familie des Bayerischen Landtages

**Bayerischer Landtag**

Maximilianeum  
81627 München

9. April 2025

## **Petition „Gewalt an Kindern und Jugendlichen entschlossen entgegenzutreten!“**

Sehr verehrte Frau Rauscher,  
sehr geehrter Herr Huber,

als Petent\*innen der vorgenannten Petition überreichen wir Ihnen diese und bitten Sie, diese nicht nur in den dafür vorgesehenen Gremien und Verfahren zu behandeln, sondern mit dem gebotenen Nachdruck zu unterstützen.

Zu lange wurden und werden die Betroffenen sexualisierter, körperlicher, psychischer, spiritueller und behördlicher Gewalt, nicht nur im Kontext der katholischen Kirche, von den Institutionen, in denen sich die Verbrechen ereignet haben, aber auch von der Politik mit ihrem Schicksal alleine und sich selbst überlassen. Wer meint, zur Beseitigung der eklatanten Missstände in diesem Bereich sei die Einrichtung von Beratungsstellen ausreichend, um der Not Gewaltbetroffener zu begegnen, dokumentiert damit im besten Fall mangelndes Problembewusstsein für die Situation dieser Menschen als Überlebende von multipler Gewalt. Dass Strukturen zur Bekämpfung von Gewalt in Institutionen auf Bundesebene, wie das Amt des/der UBSKM, die Unabhängige Aufarbeitungskommission und der Betroffenenrat, sowie die Einrichtung von Beratungsstellen auf Länderebene zwar unverzichtbar, aber für die Bewältigung der vielschichtigen Aufgaben völlig unzureichend sind, zeigen die zunehmenden Initiativen der Bundesländer zur Etablierung effektiver Maßnahmen mit dem Ziel, die Situation von Gewaltbetroffenen konkret zu verbessern. Neben den umfangreichen und als äußerst positiv zu qualifizierenden Aktionsplänen in Hessen und Rheinland-Pfalz sind vor allem die Aktivitäten des unionsgeführten Nordrhein-Westfalen hervorzuheben, das einen dem Landtag gegenüber berichtspflichtigen Landesbeauftragten für Kinderschutz gesetzlich verankern möchte, wie dies in Thüringen bereits geschehen ist. Vor diesem Hintergrund kann ein dringender und weitreichender Handlungsbedarf auch für den Freistaat Bayern nicht ernsthaft in Abrede gestellt werden.

Umso erfreulicher ist es, dass es gelungen ist, trotz Scheiterns der „Ampelkoalition“ das sogenannte „UBSKM-Gesetz“ durch Bundestag und Bundesrat zu verabschieden. Dass dies nicht zuletzt auch mit Stimmen der CSU-Landesgruppe im Bundestag und des Freistaates Bayern im Bundesrat geschehen ist, zeigt die Aufgeschlossenheit auch der bayerischen Mehrheitsfraktion für weitreichende und gesetzliche Maßnahmen zugunsten von Überlebenden institutioneller Gewalt. Darüber hinaus wird dadurch deutlich, wie dringend notwendig die Schaffung eines

dauerhaften rechtlichen Fundaments 15 Jahre nach Schaffung des Amtes der UBSKM nicht nur für dieses, sondern auch für die von der Petition intendierten Maßnahmen ist. Nur so erhalten die Strukturen die notwendige Beständigkeit, um eine möglichst breite Wirkung entfalten zu können. Auch wenn sich die Petition bewusst nicht auf eine konkrete Umsetzungsform beschränkt und festlegt und hier den parlamentarischen Beratungen nicht vorgehen möchte, spricht aus Sicht der Petent\*innen und ihres Unterstützerkreises sehr viel für die Schaffung eines Bayerischen Aufarbeitungsgesetzes.

Gerne unterstützen wir den weiteren Verlauf des Petitionsverfahrens nach Kräften und stehen Ihnen für jede Form der Beteiligung an diesem mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

---

Richard Kick

Betroffener, Sprecher des unabhängigen Betroffenenbeirats  
in der Erzdiözese München und Freising

---

Dr. Robert Köhler

Betroffener, Mitgründer und einer der Vorstände des Vereins  
Ettaler Misshandlungs- und Missbrauchsopfer

---

Benno Oberleitner

Betroffener, Vorsitzender des Betroffenenbeirats  
der Landeshauptstadt München

---

Siegfried Lang

Betroffener, Sprecher Betroffenenbeirat Bistum Passau

---

Matthias Wünsche

Betroffener, Sprecher Betroffenenbeirat Bistum Bamberg, Mit-  
glied UAK Bistum Bamberg

---

Dr. Elke Zehner

Betroffene, Mitglied des Betroffenenbeirats Würzburg

---

Ingrid Pollner

Betroffene, Betroffeneninitiative Süddeutschland

---

Gudrun Stifter

Betroffene

---

Dr. Lena Hofer

Betroffene

# Petition

## Gewalt an Kindern und Jugendlichen entschlossen entgegenzutreten!

Durch das Engagement und die Stimmen der Betroffenen wurde seit 2010 eine gesellschaftliche Debatte zum Thema „Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ initiiert, die weit über den Einflussbereich und die Institution der Kirchen hinausgeht. Die laufende Veröffentlichung von Gutachten und Aufarbeitungsstudien hält diese Debatte in der Öffentlichkeit. Denn Missbrauch und sexualisierte Gewalt finden überall dort statt, wo es Machtgefälle gibt, wo es Menschen gibt, die dieses Machtgefälle ausnutzen und wo es Menschen und Strukturen gibt, die wegschauen und vertuschen.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen in solchen Situationen, die unverhandelbare gesellschaftliche und staatliche Verpflichtung, alle Formen erlittener Gewalt als Unrecht zu benennen, umfassend aufzuarbeiten und die strafrechtliche Aufklärung ebenso wie die Verfolgung der Täterinnen und Täter, sind unerlässlich.

Um Kinder und Jugendliche bestmöglich vor jeder Form von Gewalt zu schützen und den Betroffenen von gestern, heute und morgen entschlossen zur Seite zu stehen, ist die umfassende Aufarbeitung und Aufklärung erlittener Unrechts und die Schaffung eines rechtlich fundierten, funktionierenden Hilfesystems zwingend geboten.

Der Freistaat Bayern hat mit dem in der Verfassung festgeschriebenen Wächteramt bzw. seiner

sich insbesondere auch aus der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention, UN-KRK) ergebenden Schutzpflicht die Verantwortung, den Auftrag und auch die Möglichkeiten, umfassende Schutzmaßnahmen auf den Weg zu bringen, die wirksam sind und allen Formen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Institutionen vorbeugen.

### **Gemeinsame Ziele bzw. Kernforderung für gelungene Aufarbeitung und Aufklärung in Bayern**

- **Eine Unabhängige Bayerische Aufarbeitungskommission (UBayA)**

Um einen klaren Rahmen für die Aufarbeitung von Gewalt in verschiedenen Institutionen zu erarbeiten, ist eine Unabhängige Aufarbeitungskommission zu berufen, die gleichberechtigt mit Betroffenen und mit Fachleuten u. a. aus den Bereichen Rechtswissenschaft, Pädagogik, Psychologie/Psychotherapie/Traumalogie, Soziologie, Geschichte und Medizin zu besetzen ist. Die Aufgabe der UBayA ist es, für die Aufarbeitung in den einzelnen Bereichen Standards zu formulieren, Prozesse der Aufarbeitung zu beauftragen, zu strukturieren, anzuleiten und zu evaluieren. Die notwendigen finanziellen Ressourcen für eine Geschäftsstelle und die Arbeit der UBayA sind bereitzustellen. Die UBayA braucht ein klares Mandat und Rechtssicherheit für die eigene Arbeit, zum Beispiel für die Einsicht von Akten oder die Befragung von Zeug\*innen. Um die Unabhängigkeit zu gewährleisten, sind keine Vertreter\*innen der betroffenen gesellschaftlichen Bereiche Teil der UBayA. Die UBayA erstattet regelmäßig einen Bericht an den Landtag.

- **Landesbeauftragte\*r gegen Gewalt in Institutionen**

In Anlehnung an die Stelle der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) im Bund wird in Bayern eine eigene Stelle für eine/n Landesbeauftragte/n geschaffen. Diese Person ist unabhängige\*r Ansprechpartner\*in, Informationsstelle und bündelt alle bayerischen Aktivitäten zu Aufarbeitung, Aufklärung, Intervention und Prävention. Arbeitsstab und Ressourcen für diese Stelle sind durch den Bayerischen Landtag sicherzustellen. Er\*sie stellt eine kontinuierliche und umfassende Datenerhebung sicher. Der/die Landesbeauftragte wird vom Bayerischen Landtag auf Vorschlag des Landesweiten Betroffenenrates (s. u.) ernannt.

- **Landesweiter Betroffenenrat**

Um die Einbindung der Betroffenen in die Aufklärungs-, Aufarbeitungs- und Präventionsarbeit zu gewährleisten, muss ein Bayerischer Betroffenenrat berufen werden. Betroffene aus allen gesellschaftlichen Bereichen sind Teil des Betroffenenrats, der eigenständige Positionierungen einnimmt und die Aufgaben der/s Landesbeauftragten und der UBayA begleitet. Eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie Unterstützung bei der administrativen Arbeit müssen gewährleistet sein. Seine Aufgaben können sich am Betroffenenrat auf der Bundesebene orientieren. Seine Konstituierung obliegt den Betroffenen.

- **Eine Unabhängige Anlauf-/Beratungs-/Ombudsstelle für Betroffene von Gewalt in Institutionen**

Das Beratungsangebot für Betroffene von Gewalt ist unzureichend. Vor allem für erwachsene Betroffene, deren Gewalterfahrungen schon Jahre zurück liegen, gibt es zu wenig Ansprechpartner\*innen in Bayern. Die in der vergangenen Legislatur geschaffene Anlauf- und Lotsenstelle am Familienministerium verweist lediglich an bestehende Angebote. Das ist nicht genug. Umfassende fachlich qualifizierte und flächendeckende adäquate Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen bereitgestellt werden.

- **Für eine von den jeweiligen Institutionen unabhängige Aufarbeitung bedarf es:**

- Stiftung / Fonds,
- landesweite Forschungsstelle,
- vielfältige Erinnerungskultur und Bildungsarbeit,
- u.a. Recht auf Akteneinsicht, Regelung der Archivierung, Schaffung einer zentralen Archivstelle

Darüber hinaus werden folgende Ziele definiert:

- **Stärkung der individuellen Rechte von Betroffenen**

Um die Betroffenen aller Formen von Gewalt, die oft ihr Leben lang durch die Vorfälle beeinträchtigt sind, bei der Bewältigung der eigenen Traumata zu unterstützen, müssen die individuellen Rechte gestärkt werden, z.B. durch klare Möglichkeiten der Akteneinsicht und kontinuierliche Rechtsberatung und Begleitung sowie durch verbindliche Standards für Anerkennungs- und/oder Entschädigungsleistungen.

- **Wissenschaftliche Begleitung des Aufarbeitungsprozesses – Forschungsmittel für Arbeiten zur Gewalt und zur Aufklärung bereitstellen.**

Die bisherigen Studien zu Gewalt in Institutionen in Bayern sind sowohl im Umfang wie auch in der Qualität sehr heterogen. Um ein umfassendes Bild zum Ausmaß der Fälle von Gewalt in Institutionen und den dahinterliegenden Strukturen zu bekommen, ist Forschung nach ethischen Prinzipien, auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft und mit aktiver Beteiligung von Betroffenen unbedingt nötig. Auch die Aufarbeitung und Aufklärung soll wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

- **Fonds bzw. Stiftung für Entschädigungsleistungen auflegen**

Sexualisierte Gewalt und andere Gewaltformen finden sowohl institutionell wie auch im privaten Umfeld statt. Die Betroffenen haben nur in wenigen Fällen eine Chance auf Entschädigung. Durch einen Fond, in den Staat und Institutionen einzahlen, muss die Situation der Betroffenen verbessert werden.

- **In allen Strukturen müssen erwachsene Opfer institutioneller Gewalt mit einbezogen werden.**

**Wir fordern daher die Schaffung effizienter, transparenter und rechtlich tragfähiger Strukturen auf der Ebene des Freistaates Bayern zur Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen und Zielsetzungen, deren konkrete Ausgestaltung, insbesondere im Hinblick auf eine unter Umständen bzw. zumindest in Teilbereichen zweckmäßige Normsetzung dem weiteren parlamentarischen Beratungsverlauf überlassen bleibt. Die Schaffung eines Bayerischen Aufarbeitungsgesetzes könnte - unter den mehreren denkbaren Umsetzungsmöglichkeiten - eine geeignete Form sein.**

Dies gewährleistet die notwendige Handlungssicherheit, stärkt die Situation der Betroffenen und stellt sicher, dass die Kompetenzen der in die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen involvierten Stellen gut aufeinander abgestimmt und vergleichbare Untersuchungsergebnisse und damit einen umfassenderen und **vertiefteren Zugang zum Komplex „Sexueller Missbrauch“ und „institutionelle Gewalterfahrungen“ ermöglicht werden.**

## **Petentinnen und Petenten:**

### **Stellvertretend übergeben die Petition für eine große Zahl von Betroffenen**

Richard Kick, Betroffener,

Sprecher des unabhängigen Betroffenenbeirats in der Erzdiözese München und Freising

Dr. Robert Köhler,

Betroffener, Mitgründer und einer der Vorstände des Vereins Ettaler Misshandlungs- und Missbrauchsoffer

Benno Oberleitner, Betroffener, Vorsitzender des Betroffenenbeirats der Landeshauptstadt München

Siegfried Lang, Betroffener, Sprecher Betroffenenbeirat Bistum Passau

Matthias Wünsche, Betroffener, Sprecher Betroffenenbeirat Bistum Bamberg, Mitglied UAK Bistum Bamberg

Dr. Elke Zehntner, Betroffene, Mitglied des Betroffenenbeirats Würzburg

Ingrid Pollner, Betroffene, Betroffeneninitiative Süddeutschland

Gudrun Stifter, Betroffene

Dr. Lena Hofer, Betroffene

## **Unterstützerinnen und Unterstützer:**

Prof. Dr. Susanne Nothhafft, Kath. Stiftungshochschule

Prof. Dr. Annette Eberle, Kath. Stiftungshochschule

Ignaz Raab, Vorsitzender der Unabhängigen Aufarbeitungskommission der Landeshauptstadt München

Prof. Dr. Heiner Keupp,

Universität München, Mitglied der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs

Dr. Martin Pusch, LL.M., Kanzlei WSW,

Mitglied der der Unabhängigen Aufarbeitungskommission der Landeshauptstadt München

## Argumentative Grundlagen

*Mit der Schaffung effizienter, transparenter und rechtlich tragfähiger Strukturen auf der Ebene des Freistaates Bayern, wie sie zunehmend auch in anderen Bundesländern etabliert werden, sollen Aufarbeitung und Aufklärung in Bayern für Betroffene endlich vorangetrieben werden und von der Träger\*innen-Ebene auf die Ebene des Staates gehoben werden. Bayern steht, ebenso wie der Bund und andere Länder – sowohl aus der Geschichte nicht zuletzt des NS Unrechts als auch aus der grundrechtlichen wie verfassungs- und völkerrechtlichen Schutzpflicht des (Frei-)Staates gegenüber allen Menschen, die in Bayern leben – in der Verantwortung, alle Formen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche durch Mitarbeitende und Angehörige von zivilgesellschaftlichen wie staatlichen Institutionen zu verhindern und erlittene Gewalt aufzuarbeiten, als Unrecht anzuerkennen und zu entschädigen. Daher ist es dringend geboten, dass auch der Freistaat konkrete Maßnahmen ergreift, um die Aufarbeitung der erlittenen Gewalt in allen Bereichen der Gesellschaft sicherzustellen. Die Schaffung eines Bayerischen Aufarbeitungsgesetzes erscheint vor diesem Hintergrund, namentlich der aktuellen Bundesgesetzgebung und entsprechenden Länderinitiativen, als eine besonders geeignete unter mehreren denkbaren Umsetzungsmöglichkeiten.*

*Die Maßnahmen, die der Bund im ‚Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen‘ (UBSKM-Gesetz) nun festgeschrieben hat, werden begrenzt durch die Kompetenzordnung des Grundgesetzes. Dem föderalen Prinzip folgend werden dabei den Ländern Regelungsmöglichkeiten in ihrem Zuständigkeitsbereich überlassen. (z.B. Funktionen der Unabhängigen Aufarbeitungskommission, Aufbewahrungspflichten, Archivrecht etc.). Bayern darf und muss (!) über die Gesetzgebung des Bundes hinaus tätig werden und sich insbesondere folgenden Aufgaben widmen:*

- *Schaffen einer Struktur für eine von den Träger\*innen unabhängige Aufarbeitung (Stiftung / Fonds, landesweite Forschungsstelle, Unabhängige Aufarbeitungskommission, Betroffenenrat, Erinnerungskultur; Archivgesetz / zentrales Archiv, vgl. u.a RhPf). Nur so wird es möglich, aus der Logik der bisherigen Aufarbeitungsprozesse durch die Täter\*innen-Organisationen auszusteigen.  
Für eine von den Träger\*innen unabhängige Aufarbeitungsstruktur spricht auch, dass sich in der jeweiligen Geschichte der Unterbringung in der Regel multiple Zuständigkeiten und damit Verantwortliche finden, die sich aus dem Subsidiaritätsprinzip der Kinder- und Jugendhilfe ergeben. Zudem kann so die Verschränkung von Schule und Kinder- und Jugendhilfe in sgn. Sonderschulformen besser in die Aufarbeitung einbezogen werden.*
- *Betroffene benötigen direkte Ansprechpartner\*innen und Strukturen vor Ort. Um dies zu gewährleisten sind dezentrale, niederschwellig erreichbare lokale / regionale Anlaufstellen notwendig. Eine Zusammenführung der Fortschritte in Aufarbeitung und Prävention in Institutionen ist im UBSKM-Gesetz vorgesehen, jedoch nicht ausschließlich auf Bundesebene leistbar und auch kompetenzrechtlich nicht dem Bund allein zugeordnet. Hierzu braucht es föderale Dezentralität und örtliche Nähe.*
- *Die bislang laufenden und abgeschlossenen Aufarbeitungsprozesse zeichnen sich durch eine hohe Heterogenität in Umfang und Methodologie aus. Die Verfahren sind auf Grund der unterschiedlichen Träger\*innen – und Aufarbeitungslogiken in der Regel nicht anschlussfähig bzw. wechselseitig in Bezug zu setzen. Das erschwert ein gesamtgesellschaftliches Verständnis von Umfang und Art der erlittenen Gewalt im Einzelfall, aber auch von den Strukturen und institutionellen Bedingungen als Ganzes, welche die konkrete Gewalt in Einzelfall wie im Grundsatz nicht verhindert bzw. ermöglicht haben. Nur eine übergeordnete, von den Träger\*innen unabhängige Aufarbeitungsstruktur auf Landesebene kann hier die Transparenz und Validität der Verfahren sowie die Ergebnisse der Aufarbeitung verbessern und so eine gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme für die Vergangenheit und die Zukunft ermöglichen.*
- *Viele der Institutionen, in denen es zu Missbrauch kam oder immer noch kommt (Schulen, Heime der Kinder- und Jugendhilfe, Kindertagespflege, Sportvereine, etc.), sind meist auf der Landesebene organisiert. Daher sind Behörden des Freistaats auf allen Ebenen (Land, Regierungsbezirke, Landkreise, Kommunen) für diese Institutionen oder deren Leistungen (Sozialleistungen oder Bildung) rechtlich verantwortlich. Durch landesrechtliche Regelungen wird sichergestellt, dass die Aufarbeitung in allen Trägerschaftsstrukturen und verfassten gesellschaftlichen Bereichen stattfindet.*

## Namen der Unterstützer\*innen der Petition

Melissa Myrenne

Volkmar Franz

Willi Breher

Regina Altendorfer

Claudia May

Kerstin Schmidt

Dr. Marianne Habersetzer

Franz Jentzsch

Sabine Messner

Tomas Bastian

Katharina Hirschbrunn

Torsten Paul

Monika Forster

Claus Piesch

Petra Einwich

Alexandra Schneider

Christian Brombach-Rathmann

Johanna Michels

Dorit Lorenz-Heinrich

Theresa Höne

Mario Benedetti

Anna Wetterich

Mona Voll

Claudia Gentner

Christina Brandl

Pedro Dias

Franz Leicht

Michael Kröger

Sabine Lehmann

Konstanze Bochmann

Luca Putzinger

Ludwig Gasteiger

Laura Haug

Doris Schmidt

Dan Kliemann

Axel Brunner

Markus Hübenthal

Rupprecht Sina

Diana Zambelli

Anja Rebmann

Peter Engel

Michaela Heßdörfer

Dr. Klaus Eisenbacher

Roberto Garcia

Peter Schneider

Raphael Placidus

Franz Nguyen

Dietlind Schauland

Nicole Schilbe

Jennifer Pauly

Klaus Wellhäuser

Christian Gärtner

Thomas Burghardt

Sigrid Grabmeier

Martina Frohmader

Konstantin Franzenburg

Schneider Florian

Cornelia Götzberger

Ingeborg Fischbacher

Bettina Sewald

Elisabeth Gröger

Anke Wünsche

Manuel Felsing

Daniel Dahmen

Karl Schönberg

Brigitte Knatz

Bader Helmut jun

Pauline Erdmann

Thomas Christian Deisenberger

Franz Pongratz

Kristina Sondermeier

Peter Ernst

Margarete Mai

Bofinger Christina

Johann Wiesholzer

J. Wylezol

Dietmar Süß

Gabriella Neuerer

Dieter Sack

Raimund Roth

Rita Jermann

Daniel Drenkard

Esther Bendel

Barbara T'renkle

Gudrun Mann

Antje Dechert

Johanna Gressung

Andreas Huber

Bettina Bischoff Judith Seipel Raphael Stiene

Fabian Noack Bernadette Sigl Beate Steinbach

Sigrun Broßardt Marc Heusinger de La Valliere

Tatjana Wetter Michael Linz Brigitte Overhoff

Ursula Götzing Dr. Marlis Gielen Reiner Georg Ittner

Gabriele Müllender Maria Galli Martin Schmitz

Christof Bär Liane Mohr Martina Anthis

Verena Putzo-Kistner Harald Leeb Theresa Holzhauser

Anke Stromberg-Wege Jochen Holtrup Bianca Berger

Karl Hartmann Andrea Beyer Elisabeth Kirchner

Cordula Weyh Barbara Reichart Susanne Schmidt-Treier

Judith Christina Retz Alex Jäkel Margot Pfeffer-Halbach

Kilian Thomas Semel Verena Schaarschmidt Eberhard Kügler

Gabriele Huber Klara Bolz Maximilian Zurek

Martina Prosch Michael Köst Dr. Elke Zehner

Daniela Schröppel Ingeborg Hubert Alexandra Giese

Dr. Veronika Brecht

Löw Helmut

Magdalena Mittermeier

Norbert Bocksch

Mechthildis Bocksch

Peter Wolfgang Walny

Peter Lauterbach

Astrid Hiob

Katzinger Katharina

Manuela Wagner

Felix Gruner

Michael Seyfried

Christian Domes

Horst Seeger

Isolde Fugunt

Aron Hengelein

Adrian Bornschein

Kerstin Taeubner-Benicke

Lucia Clemens

Martin Clemens

Christine Sonner Clemens

Vanessa Demalijaj

Gisela Rudzki

Renate Spannig

Jennifer Dittmann

Christine Stagl

Ulrike Bertram

Lilia Lüsi-Kraus

Andreas Holzhauser

Judith Weingart

Diana Von Haxthausen

Anja Iwan

Rosmarie Starzl

Caroline Kleinties

Thomas Stieglee

Hannah Richter

Kerscher Christine

Herbert Falke

Erich Lechner

Wackerl Petra

Barbara Heller

Martina Tina Mulhaupt

Stephan Hadulla

Johannes Koch

Ewald Josef Hagel

Barbara Hagel

Clemens Müller

Maria Soyère

Uschi Schäfer

Martin Frank

Irmgard Eicher

Stefan Tiefenthaler

Elisabeth Geitner

Veronika Kehr

Roland Kirsch

Andrea Elisabeth Lutz

Sandra Metzger

Markus Waite

Malchus Bock

Walter König

Sabine Slawik

Bernadette Schmid

Demmel Monika

Demmel Andreas

Christine Trenker

Dr. Konstantin Bischoff

Gertrud Karlstetter

Angelika Bandle

Rolf Fahnenbruck

Hans Winhart

Dr. Florian N. Schomers

Herbert Fuchs

Jens Windel

Bernd Held

Andrea Splitgerber

Arne Brummerloh

Werner Bösen

Birgit Geurden

Herbolzheimer Renate

Simon Froben

Friedrich Braun

Martin Thurn

Mittermeier Klaus

Isabella Lober

Günter Fries

Michael Darching

Peter Wirthmann

Axel Sir

Sabine Kraus

Hans Alfred Kloos

Simon Rapp

Elke Burger

Franz Oberhuber

Christina Hartebrodt

Malwin Antz

Thomas Glüder

Gerlinde Kern-Sekatzek

Gerd Keil

Ingrid Pollner

Elisabeth Weißenhorn-Höfle

Birgit Haushahn

Helga Dill

Zeynep kaya

Dr. Stefan Fritz

Reichgruber Renate

Elke Kühnel

Anita Schölzel

Karl-Hermann Neeb

Sylvia Asmus

Günther Hofpointner

Johanna Heidenreich

Nicole Szesny-Mahlau

Knud Espig

Peter Wörle

Yvonne F.Kassowitz-Kretzschmar

Mia Knall

Obermeier Gabi

Christiane Gruber

Vanessa Schieber

Kick Anita

Irene Krapf

Richard Kick

Kristin Hoffmann

Marah Pusch

Eva-Christina Lehmann

Valerie Birnbach

Susanne Fellner

Bettine Kuhnert

Michaela Bauer

Annette Voß

Burkhardt Stutenz

Andreas Türk

Caroline Billig

Uli Spindler

Adelheid Birken

Halmbacher Thomas

Rosi Mittermeier

Dr. Gregor Mennicken

Stephan Schreiber

Sieglinde Zerling

Jörg Jaegers

Theresa Dietrich

Alexa Morgaine Whiteman

Mirko Caspary

Miriam Fuggenthaler

Agatha Bader

Birgit Drechsel

Norberts Lombardia Walter

Dirk Friedrich

Christine Klawikowski

Dr. Thomas Schüller

Josef Germeier

Sarah Bußmann

Taki Geca

Andreas Schmiedel

Edeltraud Hann

Christl Tamm

Helmut Bader

Susanne Kübler

Stefania Scherffig

Huber Christian

Hans Fischer

Viola Kohlberger

Sonja Edelmann-Märker

LL.M. Dr. Martin Pusch

Prof Dr. Susanne Nothhafft

Hiltrud Schönheit

Hans-Georg Schulz

Wilfried Fesselmann

Sandra Gilleßen

Müller Walter

Leander Antz

Matthias Wünsche

Franz Jentzsch

Tilman Rentel

Susanne Sessler

Brigitte Schwager-Huber

Dipl.-Psych. Melitta Sluka

Isa Antz

Gudrun Stifter

Monika Schmid -Balzert

Pusch Valentina

Robert Kiderle

Regina Heinritz

Christa Stark

Habrigh Daniela

Christine Schmehrer

Henrik Evers

Stefan Eß

Richard Kick

## Kommentare der Unterstützer\*innen der Petition

*Nicht öffentlich, München*

Weil endlich etwas passieren muss!

*Nicht öffentlich, Lappersdorf*

Kinder und Jugendliche bedürfen unseres besonderen Schutzes! Wir haben hier eine große Verantwortung, damit Kinderrechte bewahrt und verteidigt werden..

*Nicht öffentlich, Augsburg*

weil mir das Thema sexualisierte Gewalt und der verbesserte Umgang damit wichtig ist, um diese zu reduzieren, zu verhindern und sensibel dafür zu machen

*Nicht öffentlich, München*

Aufarbeitung und Schutz vor Gewalt in allen Institutionen in Bayern, nicht nur in der Kirche

*Nicht öffentlich, Siegenburg*

Weil Betroffenen vollumfänglich geholfen werden muss!

*Anna Wetterich, Schwebheim*

Ich engagiere mich für Kinder und Jugendliche ehrenamtlich. Ich arbeite in der Psychiatrie.

*Claudia Gentner, Nürnberg*

Keine Gewalt gegen Kinder und Schutzbedürftige

*Nicht öffentlich, Bodenmais*

Als Fachkraft Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt finde ich es äußerst notwendig den Fond am Leben zu erhalten.

*Claudia May, Erfurt*

Ich bin selbst betroffen und hoffe, dass nach über 60 Jahren des erzwungenen Schweigens - auch DAS - aufgearbeitet wird. Warum, ich bin mit meinem Bruder bereits anerkannte Verfolgte und Vermögensgeschädigte i.d.Rs. des SBZ-/DDR-/SED-MfS-Unrechts und erlebe seit der sog. Wende, eine Potenzierung des SBZ-/DDR-/SED-MfS-Unrechts, die SO 1989 nicht vorstellbar war. Claudia May, Erfurt  
Der Missbrauchstäter war ein hoher kath. Würdenträger und steht im dringenden Verdacht der MfS-Verbindung. Ich wurde zeitgleich als Minderjährige zu den MfS-Verhören/Vernehmungen zugeführt.

*Tomas Bastian, Murnau am Staffelsee*

Ich kenne Betroffene und möchte mit meinem Engagement dazu beitragen, dass mehr Prävention geleistet wird und mehr Aufklärung und Resilienz in der Öffentlichkeit entsteht.

*Claus Piesch, Tutzing*

Weil eine Aufarbeitung nicht ‚intern‘ in einer Institution stattfinden darf!

*Nicht öffentlich, Friedberg*

Gewalt ist in keiner Form duldbar

*Johanna Michels, Freising*

KEINE Gewalt an Kinder und Jugendliche!

*Nicht öffentlich, Nürnberg*

Weil wir die Kinder schützen müssen

*Sabine Lehmann, Fürth*

Beruflicher Kontext

*Ludwig Gasteiger, Eurasburg*

Es ist wichtig, dass richtige, konsequente und unabhängige Aufarbeitung endlich beginnt. Es darf nicht den Täter-Institutionen überlassen bleiben. Dies verursacht Betroffenen immer wieder Leid.

*Nicht öffentlich, Nürnberg*

Viel zu viel wird vertuscht, weil Institutionen und Vereine keine Rechenschaft schuldig sind. Alle mauscheln sich so durch.

*Nicht öffentlich, Blomberg, am 13.03.2025*

Herz für Kinder

*Doris Schmidt, Uttenreuth*

Ich engagiere mich ehrenamtlich für Jugendschutz und Prävention sexualisierter Gewalt

*Nicht öffentlich, Trabit*

Gewalt soll keine Chance mehr in unserer Gesellschaft haben und Betroffene sollen das Erlebte verarbeiten können.

*Nicht öffentlich, Hamburg*

Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch findet nur auf Druck statt. Daher ist eine Staatliche Aufarbeitung wichtig

*Nicht öffentlich, München*

weil Gewalt an Kindern und Jugendlichen täglich passiert und leider immer noch nicht 100% Ernst genommen wird

*Nicht öffentlich, Unterhaching*

Unabhängigkeit von Verbandsstrukturen für Betroffene

*Laura Haug, Bamberg*

Weil bisher ganz furchtbar schlecht mit dem Thema umgegangen wird und keinerlei Aufarbeitung und Aufklärung geschieht. Das ist aber dringend notwendig, allein schon wenn man sich Statistiken dazu anschaut. Vor allem im pädagogischen Bereich!

*Diana Zambelli, Patersdorf*

Ich bin als Sozialpädagogin und Prätext - Expertin selbst im Bereich Gewaltprävention für Kinder/Jugendliche tätig.

*Peter Schneider, Erlangen*

die Kinder müssen geschützt werden

*Nicole Schilbe, Kassel*

Unsere Kinder brauchen Schutz vor Mobbing und Gewalt und Pädophile es ist sehr dringend. Es kann nicht sein das die Kinder und wir als Eltern in ständiger Angst leben müssen. Es muss dringend etwas getan werden!

*Franz Nguyen, Bad Heilbrunn*

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in dieser Richtung etwas tun und ändern müssen.

*Klaus Wellhäuser, Kaufungen*

Die Aufarbeitung der Kirchen ist unzureichend. Für Betroffene ist es kaum möglich, sich gegen deren widerstrebende Interessen durchzusetzen. Zur Aufklärung und Unterstützung der Betroffenen sind unabhängige Institutionen erforderlich.

*Bettina Sewald, Samerberg*

Schutz für Betroffene ist bisher nicht gewährleistet. Vertuschen muss schwer gemacht werden. Dunkelziffer wird erschreckend sein. Missbrauch muss vom Staat geahndet werden. Andernfalls deckt er ihn. !

*Manuel Felsing, Kaufering*

Sicherheit geht vor!

*Brigitte Knatz, Unterschleißheim*

Diese unglaublichen Verbrechen müssen dringend wirklich aufgearbeitet werden und alle Opfer müssen die bestmögliche Unterstützung und Hilfe bekommen. Außerdem muss mit echter Prävention verhindert werden, dass derartige Verbrechen weiterhin begangen werden. !

*Bader Helmut jun, Isen*

Wird höchste Zeit das endlich der Staat sich für die Betroffenen kümmert.

Da es die Verantwortlichen der Kirche nicht schaffen denn Opfern gerecht zu werden.

*Pauline Erdmann, Starnberg*

Als junge Katholikin ist es mir ein Herzensanliegen, dass wir Verantwortung übernehmen, hinsehen und handeln, wenn es um sexualisierte Gewalt im kirchlichen Kontext geht. Diese Petition ist ein wichtiger Schritt, um Betroffenen Gehör zu verschaffen, Aufarbeitung voranzutreiben und einen sicheren Raum in unserer Kirche zu schaffen. Wir stehen in der Pflicht, Gerechtigkeit einzufordern und gemeinsam für Veränderung einzutreten. Ich unterstütze die Petition und rufe dazu auf, ein starkes Zeichen der Solidarität zu setzen – für die Betroffenen und für eine Kirche, die ihrer Verantwortung gerecht wird.

*Nicht öffentlich, Burghausen*

Es ist mir wichtig, weil die Gesamtgesellschaft für den Schutz und die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen eintreten muss. Solche Vergehen an Schutzbefohlenen sind menschlich unterirdisch und werden durch Zurückhaltung von Akten innerhalb der Institution Kirche gegenüber der Allgemeinheit unter Verschluss gehalten um eine vollumfänglich Aufklärung und damit auch eine psychische Aufarbeitung für die Betroffenen zu verwehren. Das ist zweierlei Anwendung von Gesetz und nicht legitim! Diese Verbrechen müssen öffentlich bearbeitet werden und mit Konsequenzen behaftet sein.

*Raimund Roth, Bamberg*

Der Schutz von Kindern stellt einen besonderen Wert und eine Notwendigkeit dar für eine gute und gelingende Entwicklung

*Dieter Sack, München*

Das Thema ist ZU wichtig:  
Und vom Freistaat gibts anscheinend nur Schweigen

*Daniel Drenkard, Höchberg*

Kinder sind das größte Glück dieser Erde, und das sollten wir bestmöglich schützen.

*Barbara Trenkle, Nürnberg*

Weil ich Kinder und Jugendlichen-Therapeutin bin

*Nicht öffentlich, Kuhardt*

Weil mir Kinder sehr am Herzen liegen!

*Nicht öffentlich, München*

Weil es nichts Wichtigeres gibt, als für jene einzustehen, die den Schutz am dringendsten benötigen.

*Johanna Gressung, München*

Als Diözesanjugendseelsorgerin der Erzdiözese bin ich qua Amt damit betraut dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche in unserer Kirche sichere Räume vorfinden.

*Andreas Huber, Oberding*

Es muss gesamtgesellschaftlich das Bewusstsein geändert werden um unsere Kinder und Enkel vor Missbrauch zu schützen.

*Nicht öffentlich, Feldafing*

Ich habe als Archivarin von Feldafing mit Missbrauchsoptionen eines Kinderheimes in Feldafing immer wieder zu tun. Das betrifft zwar Augsburg, aber helfen kann man überall, wenn man den Opfern eine Stimme gibt. Ihre Petition ist leider viel zu unbekannt!

*Nicht öffentlich, Montlingen*

Es ist elementar wichtig Kinder und Jugendliche zu schützen und vor jeglicher Form von sexueller Gewalt und Übergriffigkeit zu bewahren

*Beate Steinbach, Regensburg*

Weil Betroffene ein Recht auf unabhängige Aufarbeitung haben und nicht Bittsteller:innen sind. Von professioneller, unabhängiger Aufarbeitung würden nicht nur Betroffene, sondern auch die Organisationen profitieren.

*de La Valliere, München*

Warum ich die Petition zur Aufarbeitung der Heimerziehung unterstütze

In der katholischen integrierten Gemeinde (KIG), in der wir aufwachsen, erlebten wir schwerwiegenden Missbrauch: geistliche Gewalt, sexuellen und finanziellen Missbrauch, sowie gravierende Folgen wie Suizide, Arbeitsunfähigkeit, soziale Isolation und psychische Erkrankungen. Diese Erfahrungen zeigen deutlich, dass geschlossene Lebensgemeinschaften wie die KIG häufig intransparent agieren und ihre internen Kontrollmechanismen versagen.

Der Staat hat die verfassungsrechtliche Pflicht, die Menschenrechte zu schützen – auch in solchen Gemeinschaften. Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes verpflichtet ihn dazu, die Würde des Menschen unantastbar zu achten. Artikel 2 Absatz 2 GG garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, während Artikel 20 Absatz 3 GG den Staat bindet, Maßnahmen zum Schutz dieser Rechte zu ergreifen. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die UN-Kinderrechtskonvention unterstreichen diese Schutzpflicht ebenfalls.

Um Missbrauch und systemisches Versagen zu verhindern, dürfen keine Institutionen sich selbst kontrollieren – auch nicht die Kirche. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte belegen, dass interne Kontrollsysteme häufig nicht funktionieren und Täter geschützt werden. Daher ist der Staat verpflichtet, unabhängige und unparteiische Kontrollmechanismen einzurichten und deren Umsetzung sicherzustellen. Prävention, Aufarbeitung und Schutz müssen gesetzlich verankert und effektiv durchgesetzt werden.

Mit der Unterstützung dieser Petition fordere ich, dass der Staat seiner Schutzpflicht nachkommt, Missstände konsequent aufarbeitet und verhindert, dass solche Verbrechen in Zukunft geschehen können. Es geht nicht nur um Gerechtigkeit für die Betroffenen, sondern um den Schutz der Menschenrechte für alle.

MfG,  
F. de La Valliere

*Nicht öffentlich, München*

Meine Mitarbeiter\*innen und ich haben immer wieder beruflich mit Menschen zu tun, die selbst betroffen sind.

*Michael Linz, München*

Sicherheit von hochvulnerablen und schutzbefohlenen Personen sollte höchste Priorität haben. Falsches Verhalten von Menschen in Positionen, die ihre Rolle ausgenutzt haben muss benannt und das geschehene Unrecht anerkannt werden.

*Nicht öffentlich, München*

Weil Gewalt an Kindern und Jugendlichen feige ist. Sie sind schwächer als die Täter.

*Ursula Götzinger, Wasserburg*

Das Thema Missbrauch/Gewalt durch Helfer in oder außerhalb von Institutionen an hilfsbedürftigen Menschen ist seit Jahrzehnten bekannt. Die Aufarbeitung, Anerkennung, Entschädigung hinkt, wie so oft in vergleichbaren Situationen, den Bedürfnissen der Betroffenen zeitlich zu weit hinterher. Manche Betroffene versterben, bevor sie einen Ausgleich für das erlittene Unrecht erhalten, der das Unrecht selbst aber niemals ausgleichen kann.

*Reiner Georg Ittner, Mannheim*

Weil das wegsehen ein Ende haben muss.

*Gabriele Müllender, Rothenburg*

Ich lehne konsequent jede Form von Gewalt ab: Missbrauch gehört zu schlimmsten Ausprägungen

*Nicht öffentlich, Feuchtwangen*

Bin selber Betroffener.

*Christof Bär, Nürnberg*

Ich war kirchlicher Mitarbeiter und war seit 2000 an dem Thema in der konfessionellen Jugendarbeit und im Bayer. Jugendring. Allerdings meinen die betroffenen Institutionen, dass sie das „selbst“ regeln könnten, was nun wirklich nicht der Fall ist. Daher brauchen wir eine staatliche und unabhängige Regelung.

*Martina Anthis, Nürnberg*

Keine Gewalt!!!!

*Nicht öffentlich, München*

Weil es da ums Prinzip geht.

*Harald Leeb, Eichenau*

Betroffener

*Nicht öffentlich, München*

Wichtiges Thema für die Gesellschaft

*Andrea Beyer, München*

Weil ich Mutter bin und unsere Kinder unser wichtigstes Gut sind

*Nicht öffentlich, Heimweiler*

Weil ich selbst betroffener bin!  
Kirchlicher Kontext

*Cordula Weyh, Immenhausen*

Es darf nicht weiterhin ein Tabu Thema Sein. Unsere Politik redet viel, bringt sich aber in E.V. etc. nicht mit ein und lässt so Betroffene / Opfer vollkommen allein. Vorfälle gibt es in vielen Bereichen.

*Nicht öffentlich, Quedlinburg*

Was soll diese Frage? Gewalt an Kindern und Jugendlichen entschlossen entgegen-treten! Mehr muss man nicht sagen!!!!

*Nicht öffentlich, Sankt Augustin*

Weil Aufarbeitung durch die Täterorganisatio-nen oft genug keine wirkliche Aufarbeitung, keine Veränderung der Strukturen bedeutet, die sexualisierte Gewalt ermöglicht haben

*Eberhard Kügler, Wedel*

9 Jahre katholisches Internat, 2 Klassenkameraden wurden in dieser Zeit von einem Erzieher/ Priester missbraucht. Danach vorübergehend in einem Kapuzinerkloster, 3 mir bekannte „Mit-brüder“ aus dieser Zeit sind inzwischen als Missbrauchstäter überführt. Alle vier Täter sind straffrei aufgrund von Verjährung. Mein Internat, das Bischöfliche Knabenseminar in Dillingen/ Do. taucht bisher in keiner Liste bzw. auf keiner Karte auf (einer der betroffenen Klassenkame-raden hat nach Jahrzehnten Anzeige erstattet).

*Nicht öffentlich, München*

Zwei gute Freunde sind Betroffene.

*Martina Prosch, Burgthann*

Selbst betroffen und möchte, dass das aufhört...

*Ingeborg Hubert, Regensburg*

weil Kinder die schwächsten Glieder in unserer Gesellschaft sind

*Nicht öffentlich, Ilmmünster*

- Anerkennung, Rehabilitation und angemessene Entschädigung der Opfer
- akzeptabler Umgang der Kirchen(vertreter) mit diesem Skandal, u.v.a.m.

*Mechthildis Bocksch, Bamberg*

Die Petition ist wichtig, weil es höchste Zeit ist, dass wir gemeinsam dagegen aufstehen, wenn unsere zwischenmenschlichen Beziehungen durch Verhaltensweisen und von Struk-turen dominiert werden, die dem Reptiliengehirn entstammten. Denn dadurch wird die Menschenwürde verletzt, auch die von Kindern und Jugendlichen. Nur wenn die mensch-lichen Grundbedürfnisse nach Anerkennung und Schutz, nach Zugehörigkeit und Integrität im Alltag ernst genommen werden, wird die Menschenwürde geachtet. In der Aufarbeitung der von Kindern und Jugendlichen erlittenen Gewalt jeglicher Art und zu deren Schutz ist selbstverständlich der Freistaat Bayern in seinem Wächteramt gefordert. In der Bayerischen Verfassung, Art. 100, heißt es: „1 Die Würde des Menschen ist unantastbar. 2 Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Diese Aufgabe wird im Freistaat Bayern leider bisher nur unzureichend erfüllt.

*Peter Wolfgang Walny, München*

Kinder und Jugendliche benötigen einen geschützten Raum für Ihre Entfaltung

*Nicht öffentlich, Oberornau*

Aus Solidarität mit allen Betroffenen.

*Manuela Wagner, München*

Weil die betroffenen Kinder und Jugendlichen sehr leiden, oft lebenslang.

*Christian Domes, Salzweg*

gewalt muss möglichst früh verhindert werden, da menschen mit gewalterfahrung wiederum zu solchen taten neigen

*Nicht öffentlich, Unterhaching*

Weil es ein Mißstand ist, den wir nicht hinnehmen dürfen. Kinder müssen geschützt werden.

*Christine Stagl, Windach*

Längst längst längst überfällig - in welchem Bereich ist es sonst möglich Verfehlungen selbst zu untersuchen?

*Ulrike Bertram, Essen*

Die Rechte von Mißbrauchsopfern müssen von unabhängigen Institutionen vertreten werden. Mißbrauchsopfern brauchen Schutz und Hilfe.

*Nicht öffentlich, Schweinfurt*

Es gibt in Schweinfurt einen aktuellen Fall in einer öffentlichen Einrichtung zu dem Verdacht des sexuellen Missbrauch eines kleinen Kindes.

Genau diese geforderte unabhängige Anlaufstelle wäre unabdingbar für eine neutrale Aufklärung.

*Nicht öffentlich, Reinhardshagen*

Weil sich endlich etwas an der Gesetzgebung ändern und mehr finanzielle Unterstützung zur Prävention zur Verfügung stehen müssen.

*Nicht öffentlich, Üchtelhausen*

Unser Kind ist selbst Opfer. Der Täter ist selbst Teil der Helferstruktur. Die komplette restliche Helferstruktur kennt ihn. Und die Zuständigkeit zwingt uns in diesem Klüngel zu bleiben. Es braucht eine unabhängige Stelle, die auch Befugnisse hat.

*Nicht öffentlich, Poing*

Gewalt gegen Kinder geht gar nicht, sie sind das Schwächste Glied unserer Gesellschaft

*Judith Weingart, Bamberg*

Schutz von Kindern und Jugendlichen  
Eigene Missbrauchserfahrung in Familie

*Diana Von Haxthausen, München*

Diese Petition ist mir wichtig, da dass Leben meiner Mutter und vielen weiteren Personen, stark von dem grausamen Missbrauch der ihnen von Seiten der Kirchenvertreter\*innen angetan wurde geprägt war und wird. Ein Ort an dem sie sich geborgen und beschützt fühlen sollten wurde zur Hölle auf Erden. Diese barbarischen Taten führte dazu dass unsere Mama ihren Schmerz mit Alkohol betäubte. Was dazu führte, dass uns Kindern einen ganz großen Teil unseres Lebens unsere Mama verwehrt blieb. Unsere Mama hingegen hatte nie die faire Chance auf ein glückliches und zufriedenes Leben. Letztendlich kostete unserer Mama dies 2020 das Leben.

Kinderseelen wurden durch diese mehr als grausamen und widerwärtigen Taten so sehr geschunden, dass die Betroffenen ein ganzes Leben lang darunter leiden und gelitten haben. „Der Kampf ist für dich Mutti und all die Betroffenen die immer noch darunter leiden müssen“!

*Nicht öffentlich, Berching*

Ich habe Gewalt erfahren und bin der Meinung, dass vertuscht wird und sich Verantwortliche schwer damit tun, das Leid der Opfer zu sehen. Der Staat sollte das Leid sichtbar machen.

*Rosmarie Starzl, Garching*

Weil Institutionen wie die kath Kirche die Aufarbeitung und den Schutz von Betroffenen und Kindern seit Jahren nicht bewerkstelligen können

*Nicht öffentlich, Ottobeuren*

Schutz für Wehrlose

*Herbert Falke, Augsburg*

Das Selbstbestimmungsrecht von Kindern und Jugendlichen muss gestärkt werden.

*Wackerl Petra, Todtenweis*

Weil unsere Pflegetochter während eines, unfreiwilligen, siebenjährigen Heimaufenthaltes immer wieder sexualisierter Gewalt ausgesetzt war und ihre Betreuerin nichts dagegen unternommen hat.

*Barbara Heller, Altötting*

The church is clearly the wrong organization to be in charge of investigating cases of sexual assault committed by priests. They have proven themselves to be biased in favor of protecting their priests and minimizing their own financial damage. Victims of abuse need the protection of the government when dealing with the massively powerful church.

*Renate Spannig, München*

Alle Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden

*Stephan Hadulla, Traunstein*

Einfach wichtiges Thema

*Nicht öffentlich, Schönberg*

Schutz von Kindern und Jugendlichen

*Ewald Josef Hagel, Hauzenberg*

Dass endlich Schluss ist ... Verschweigen und Vertuschen! !

*Nicht öffentlich, Schrobenhausen*

Bin selber Betroffene und wünsche mir dass Sexualisierte Gewalt endlich endlich aufhört bzw. strenger bestraft wird! Auch diejenigen die wegschauen und vertuschen müssen wegen Mittäterschaft bestraft werden.

*Clemens Müller, München*

Uns Rom Radlern ist ja klar dass noch viel verbessert werden muss

*Irmgard Eicher, Babensham*

Vielleicht wird auch mal Richtung Pornografie und Frühsexualisierung nachgeforscht. Man will ja an der Wurzel die Probleme anpacken

*Uschi Schäfer, Grafing*

Damit die Anliegen der Betroffenen endlich ernstgenommen werden und an erster Stelle stehen. Es ist ein Skandal, dass Betroffene für ihre Rechte immer noch kämpfen müssen.

*Elisabeth Geitner, Babensham*

Missbrauch, ob sexuell bzw. in jeglicher Form, schädigt Menschen lebenslang. Deshalb besteht hier dringender Handlungsbedarf vor allem auch von Seiten des Staates!!

*Stefan Tiefenthaler, Teising*

Ich bin Mitglied der Initiative Sauerteig und daher setze ich mich für Aufarbeitung und den Schutz bin Kindern ein...

*Veronika Kehr, Eichstätt*

Institutionelles und gemeinsames Handeln weiter so dringend notwendig ist, um Veränderungen durch klare Forderungen zu fördern, hinschauen, herantasten, auch wenn es weh tut, UNTERSTÜTZUNG fordern und die noch so vielen Mißbrauch sichtbar machen, Hirschaukultur fördern, ins Handeln kommen und mehr Fürsprache und Gerechtigkeit für jene, die Betroffenen sind!

Sichtbar machen, was verborgen bleibt: Schweigen schützt NICHT! Sichtbarkeit schon!!!

*Nicht öffentlich, Ingolstadt*

Angehöriger. Ehemann von jungem missbrauchsoffer durch einen katholischen Priester

*Nicht öffentlich, Gräfelfing*

Es müssen ALLE Menschen vor sexualisierter Gewalt geschützt werden. Die Aufklärung und Betreuung der Betroffenen ist sehr wichtig ... und die Prävention, das so etwas nicht mehr passieren möge

*Sabine Slawik, Augsburg*

Es ist mir wichtig, dass Gewalt an Kindern und Jugendlichen aufgearbeitet und Gerechtigkeit geschaffen wird.

*Nicht öffentlich, Neubiberg*

Weil ich in der Jugendarbeit tätig bin und die Dringlichkeit sehe

*Rolf Fahnenbruck, Aldersbach*

Weil ich Betroffener bin

*Jens Windel, Algermüssen*

Weil sie wichtig ist

*Friedrich Braun, Augsburg*

Alle Betroffenen von sexuellem Mißbrauch - nicht nur die im kirchlichen Umfeld - sollen Opferfürsorge und Hilfe erfahren.

*Herbolzheimer Renate, Johannesberg*

Betroffene brauchen Unterstützung auch oder erst recht von der Politik Forschungsarbeit vorantreiben Vertuschungskultur zugunsten der Täter einstellen

*Günter Fries, Ebersberg*

Weil endlich mal jemand darauf hinweist, daß Mißbrauch sehr wohl auch ähnlich häufig ausserhalb der Kirche stattfindet, was bisher ja kaum erwähnt wurde. Und der sexuelle Mißbrauch / Beschneidung von Frauen und Männern doch wohl auch verfolgt werden sollte, oder nicht? Warum???

*Nicht öffentlich, Darmstadt*

Weil sexualisierte Gewalt unerträglich und nicht zu dulden ist. Es muß restlos aufgeklärt werden und die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Des weiteren brauchen die Opfer Hilfe, um das Erlebte zu verarbeiten und trotz allem ein (einigermaßen) normales Leben führen zu können. Opfer brauchen Unterstützung und Entschädigung!

*Sabine Kraus, Esslingen*

Gewalt ist keine Lösung

*Simon Rapp, Herrsching*

Mir ist es ein Anliegen, dass geschehene Fälle sexualisierter Gewalt nicht nur im Raum der Kirche, sondern in allen Institutionen aufgeklärt wird. Zudem sollen Präventionsmaßnahmen, wie sie in der katholischen Kirche inzwischen Standard sind, in allen Institutionen, die Angebote für Kinder und Jugendliche machen, umgesetzt und kontrolliert werden.

*Franz Oberhuber, Bayerbach/Rott*

Kinder sind das wertvollste das wir haben!

*Nicht öffentlich, Nürnberg*

Wenn man Gewalt erfahren muss, prägt und beeinflusst es das ganze Leben...

*Elke Kühnel, Uehlfeld*

Kinder sind immer wichtig!

*Sylvia Asmus, München*

Da spricht die Pediton für sich selbst

*Günther Hofpointner, Mainstockheim*

Da ich selbst Kinder habe und sie eine solche Übergriffigkeit nicht verdient haben.

*Knud Espig, Stadtsteinach*

Kinder sind unsere Zukunft. Der Schutz unserer Kinder muss oberste Priorität haben. Genauso wie Bildung und Wertevermittlung.

*Hans Alfred Kloos, Wiesbaden*

Ich bin selbst in drei unterschiedlichen Heimen gewesen. In der dritten Einrichtung (als ich Schulpflichtig wurde) habe ich Misshandlung und Missbrauch erlebt.

*Nicht öffentlich, Krumbach*

Ich arbeite seit vielen Jahren beruflich im Kinderschutz. Aufarbeitung ist ein wichtiger Bestandteil der Intervention und Prävention von Gewalt an Kindern.

*Andrea Splitgerber, Neuhaus am Inn*

Gewalt jedem gegenüber ist keine Option.

*Nicht öffentlich, Ahlen*

Ich bin gegen Gewalt. Es ist unwichtig wer Gewalt erfährt. Ich verabscheue GEWALT

*Zeynep kaya, Erlangen*

Ich möchte das jeder Kind glücklich ist und in den kleinen Jahren schon Gewalt erleben muss

*Nicht öffentlich, Herrsching*

Menschen, die sexuellen Missbrauch erleiden mussten, sind für den Rest ihres Lebens traumatisiert. Ganz besonders schlimm ist das Trauma, wenn der Missbrauch durch eine „Vertrauensperson“ passiert ist.

*Johanna Heidenreich, Saldenburg*

Es ist noch viel zu wenig aufgeklärt, es wird viel zu viel unter den Tisch gekehrt.

*Peter Wörle, Altomünster*

Dies Pediton ist wichtig da ich immer mehr fesstelle das von Jugendämtern Kindeswohlgefährdungen ausgehen und Kinder aus häuslichen Verhältnissen entrissen und in oft fremde Hände um Teil meherere hundert Kilometer entfernte Familien gegeben werden. Ich nenne das Kinderhandel auch Dachau ist da nicht unbekannt.

*Nicht öffentlich, Groß-Gerau*

Ich kenne Missbrauchsopfer.  
Es ist mir sehr wichtig Kinder und Jugendliche zu schützen.

*Richard Kick, Eichenau*

Da Missbrauch und Gewalt gesamtgesellschaftliche Themen sind, muss der Staat seine Führungsrolle einnehmen und entsprechende Strukturen schaffen.

*Vanessa Schieber, East Stroudsburg*

Mein Vater wurde als Kind von den Pfarrern und Schwester/Nonnen Un seinem Heim sexuell misbraucht

*Obermeier Gabi, Velden*

Kinder müssen geschützt werden

*Nicht öffentlich, Wuppertal*

Ist die Frage ernst gemeint?

*Dr. Florian N. Schomers, Seeon*

Denen, deren Stimme zu „leise“ ist, Stimme und Hoffnung geben.

*Eva-Christina Lehmann, Mainz*

Aufklärung. Zur Rechenschaft ziehen von Verantwortlichen.

*Nicht öffentlich, Tacherting*

Es wichtig, dass den Betroffenen geholfen wird.

*Rosi Mittermeier, Garching*

Weil das Ausmaß sexuellen Kindesmissbrauchs riesig ist und alles getan werden muss, um ihn einzudämmen.

*Mirko Caspary, Wuppertal*

ja und das sofort.

*Alexa Morgaine Whiteman, Augsburg*

Ich kämpfe seit 22 Jahren, 2019 habe ich einen hilfebrieff an Markus söder geschrieben, am 22januar 2020 habe ich vormittags mit seiner sek Fr Eda Probst telefoniert, am gleichen Tag wurde ich ins PKH Augsburg zwangseingewiesen ohne richterlicher Beschluss. Das alles ist nur eine Farce um uns Betroffene hinzuhalten. Außerdem werden wir Überlebende Heimkinder aus Bayern durch die Wahlkampagne nur benutzt. Überlebendes Tabletten Heimkind Würzburg 1960 - 1978

*Jörg Jaegers, Mainz*

Verbrechen gegen die Menschlichkeit fordern staatliche Verantwortung ein. Sie dürfen nicht verjähren. Denn Traumata wirken unbewältigt und nicht anerkannt unheilvoll weiter. Geschweige denn, dass wir Menschen mit Leid aus Unrecht allein lassen. Das muss aufhören.

*Birgit Drechsel, Goslar*

Mein Mann wurde jahrelang in Heimen untergebracht, er konnte vor Schmerzen nicht darüber sprechen

*Agatha Bader, Maitenbeth*

Das dies endlich mal zum Bayerischen Landtag übermittelt werden kann, und sich somit der Staat dementsprechend für die Opfer sexueller Gewalt und Missbrauch einsetzt.

*Norberts Lombardia Walter, Heroldsberg*

Dieser Betroffenenbeirat hat großes geleistet und verdient Respekt

*Josef Germeier, Poing*

Die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle muss auch von staatlicher Seite erfolgen, weil jede Institution geneigt sein kann, mehr auf das Ansehen der geliebten eigenen Institution zu achten als auf die Rechte der Betroffenen. Mit dem zweiten Auge sieht man mehr - vielmehr!

*Taki Geca, Neuried (Bayern)*

Es ist wichtig eine gesetzliche Bestimmung zu erzielen, damit die kirchliche Institution keine Aufarbeitung frei ausführen kann. Diese sind organisierte Verbrecher und diese dürfen nicht die Möglichkeit bekommen ihre Straftat- Gutmachung selber zu entscheiden. Wir Betroffene haben ein Recht auf Aufarbeitung.

*Huber Christian, Trostberg*

Die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle ist längst überfällig und notwendig. Viel zu lange hat die Kirche sich geweigert das einzusehen. Mit einem Aufarbeitungsgesetz bekommt das Ganze einen rechtlichen Rahmen und bringt hoffentlich für die Betroffenen einen würdigen und zufriedenen Abschluss.

*Sonja Edlmann-Märker, Augsburg*

Weil Gewalt an Kindern /Jugendlichen nicht sein darf!

*Prof Dr. Susanne Nothhafft, München*

Weil hierdurch der Zugang zu einem völkerrechtlichen Anspruch auf Aufarbeitung und Wiedergutmachung möglicher wird

*Nicht öffentlich, Nürnberg*

Kinder und Jugendliche befinden sich in einer schwachen Position und benötigen daher die Möglichkeit, sich an eine Institution zu wenden, die unabhängig vom staatlichen und kirchlichen Machtgefüge aller Ebenen handeln kann.

*Hans-Georg Schulz, Augsburg*

Die Menschenrechte müssen gewahrt werden

*Hiltrud Schönheit, München*

...weil die betreffenden Institutionen die Aufarbeitung häufig genug nicht konsequent betreiben.

*Tilman Rentel, Erlangen*

Wenn etwas Sinn macht im Leben, dann ist es der Schutz unser Kinder. Sie gestalten unsere Zukunft. Machtstrukturen verhindern adäquaten Schutz und behindern eine notwendig Aufklärung von Gewalt an Kindern. Danke für die Kraft und Klarheit der Betroffenen diese Petition ins Leben zu rufen.

*Matthias Wünsche, Bamberg*

Das ist ein wichtiger Schritt. Wenn Kirchen und andere Institutionen sich selber aufarbeiten, ist das nicht ausreichend: der Staat muss - unterstützend und regelnd - mehr mitarbeiten und Verantwortung übernehmen!

*Susanne Sessler, Bergkirchen*

Als Beraterin für die Antragstellung zum Fonds sexueller Missbrauch seit 2013 habe ich sehr viel mit Betroffenen aus allen Bereichen der Gesellschaft zu tun und sehe, dass es alles Inselfösungen sind. Jede Stelle fordert von den Betroffenen eigene Anträge, Plausibilitätsprüfungen, Gutachten etc. wozu immer neue Aufarbeitungskommissionen installiert werden, die das Rad wieder neu erfinden. Die Verzögerungstaktik zermürbt unendlich! Deshalb unterschreibe ich die Petition gerne.

*Nicht öffentlich, München*

Wichtiger wäre mir dass den Betroffenen direkt geholfen würde, statt noch mehr Bürokratie und Politik. Dass Die Rahmenbedingungen sich ändern, die die Taten erst ermöglichen. Doch wir werden nicht gehört und haben keine Lobby, deshalb vielleicht doch dieser Weg.

*Dipl.-Psych. Melitta Sluka, Schwabach*

Solange es Gewalt gg Kinder/Jugendliche gibt, muss man darauf aufmerksam machen und sich dagegen aussprechen. Es kann weit mehr dagegen getan werden, als bislang auf den Weg gebracht wurde.

*Nicht öffentlich, Lampertheim*

Bin Betroffener

*Christa Stark, München*

Damit Kinder von heute und von früher mehr geschützt sind.  
Damit man gleich eingreifen kann.  
Damit man uns endlich glauben schenkt und uns Anerkennung zeigt.  
Wir oder ich wollen wie normale Leute sein und nicht traurig herumlaufen müssen.  
Durch die Petition kommt endlich für die Öffentlich alles ans Licht.  
Dafür Danke ich mich für euere Harte Arbeit.  
Ich kann nicht Schreiben, aber ich hoffe es passt so.

*Habrich Daniela, Burgkirchen*

Ich bin selbst Betroffene (ehemaliges Heimkind+familiär) und es wird Zeit das jeder Betroffene eine Stimme bekommt, Gesetze sich ändern, der Staat in die Verantwortung geht, die Politik sich nicht mehr aus der Affäre ziehen kann und die Öffentlichkeit hinter den heutigen Kindern und ehemaligen Betroffenen von Gewalt und Missbrauch steht!

*Christine Schmehrer, Haar*

Es braucht Anlaufstellen, die mit persönlicher und psychologisch geschulter Betreuung für die Betroffenen da ist und den Prozess der Aufarbeitung und Entschädigung unbürokratisch und menschenwürdig begleitet